



Müssen die Hausbesitzer der Großgemeinde Höxter tiefer in die Tasche greifen? Mit der Grundsteuer B hat sich der Rat jetzt befasst. Foto: Harald Ilding

Grundsteuer B: Stadt wollte Bürger mit 1,8 Millionen mehr zur Kasse bitten – Rat dagegen

Schluck aus der Pulle

Von Sabine Robrecht

HÖXTER (WB). Die Grundsteuer B von 510 auf 690 (!) Prozent anzuheben: Das war starker Tobak. Entsprechend deutlich fiel die Mehrheit aus, mit der Stadtrat der Verwaltung für diesen kühnen Vorschlag einen Korb gab.

Vom dem großen Schluck aus der Pulle wären Haus- und Grundstücksbesitzer betroffen. „Das würde einen Aufschrei nach sich ziehen“, sah UWG-Fraktionschef Georg Heiseke eine Protestwelle aufziehen. Günther Ludwig, Vorsitzender der CDU-Fraktion, sprach von schwerer, unverdaulicher Kost, die die Verwaltung dem Rat vorsetze. Martin Hillebrand (FDP) sah sich ebenfalls außerstande, dieser Erhöhung zuzustimmen.

„Für die Bürger weder tragbar noch ertragbar“ wäre diese Erhöhung aus Sicht von Ralf Dohmann (BfH). Und SPD-Fraktionschef Günter Wittmann konstatierte, dass er angesichts der eigentlich geplanten Hebesatz-Erhöhung auf 590 Prozent schon

Bauchschmerzen habe. „Weitere 100 Punkte tragen wir nicht mit.“ Aus „Staatsraison“ seien maximal 640 Prozent vertretbar.

Berno Schlanstedt (Grüne) pflichtete Günther Ludwig bei, der grundsätzlich kritisiert hatte, dass man schlecht über Hebesätze reden könne, ohne den Haushaltsplan vorliegen zu haben. Der ist noch nicht eingebracht. Alle nicht erhöhten Hebesätze eines Jahres seien die Schulden des nächsten Jahres, griff Schlanstedt einen Gedanken Ralf Dohmanns auf und kritisierte die Finanzpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte.

Das tat auch Hermann Loges (BfH). Höxter leiste sich seit Jahren einen strukturell defizitären Haushalt und laufen davor weg. „Wenn wir die Konsolidierung nicht in Angriff nehmen, landen wir bei der Grundsteuer B bei einem Hebesatz von 1000.“

Die Grundsteuer B war nur ein Hebel, den die Verwaltung ansetzen wollte, um Einnahmen zu generieren. Sie schlug eine Hebesatz-Erhöhung der Grundsteuer A

für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke von 315 auf 390 Prozent vor. Der Gewerbesteuer-Hebesatz sollte von 440 auf 450 Prozent steigen. Das würde 350.000 Euro mehr in die Stadtkasse spülen. Bei der Grundsteuer A wären es 37.500 Euro plus gewesen und beim größten Batzen, der Grundsteuer B, 1,8 Millionen (!) Euro.

Hintergrund der vorgeschlagenen Steuererhöhungen seien, so Andreas Brandl, Abteilungsleiter Finanzen, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges mit den Preissteigerungen in allen Bereichen. Außerdem stehe der Tarifabschluss für die Beschäftigten bevor. Brandl geht von einer Erhöhung aus, die nicht weit unter den von den Gewerkschaften geforderten zehn Prozent liege. Gestiegene Energiekosten kämen ebenso hinzu wie die höhere Kreisumlage und die neue NPH-Umlage für den ÖPNV. Die neuen Kalkulationsprinzipien für Gebühren entlasten die Bürger um 1,3 Millionen Euro. Das Geld fehle im allgemeinen Haushalt.

Diese Entlastung nun mit Steuererhöhungen in Zusammenhang zu bringen, sei nicht richtig, sagte Günther Ludwig. Auf seine Frage, was zum Beispiel mit der Musikschule sei, antwortete Bürgermeister Daniel Hartmann, dass der Grundsatzbeschluss zur Übernahme in städtische Trägerschaft mit 250.000 bis 300.000 Euro Kosten verbunden seien. Das sei nichts Neues. Die Summe mache rechnerisch etwa 30 Punkte bei der Grundsteuer B aus.

Georg Heiseke schlug zur Entschärfung eine gerechtere Verteilung der Steuererhöhungen vor. Außerdem müsse in Frage gestellt werden, ob man sich bei dieser Haushaltslage den Kunstrasenplatz in Brenkhausen leisten solle. Das Projekt zu verschieben, bringe etwa eine Million Euro Entlastung. Heisekes Vorschlag, den Hebesatz der Gewerbesteuer etwas mehr anzuheben als vorgeschlagen, kritisierten Martin Hillebrand und Hermann Loges. Unternehmer weiter zu belasten, könne zu Abwanderung führen.